



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Donnerstag, 7. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

nur im Vorbeigehen, der Prinz von Hohenzollern sei wirklich ein so guter Kandidat, wie ihn die Spanier in so später Stunde nur immerhin zu erlangen hoffen könnten, und er werde ohne Zweifel einen ganz guten Fürsten abgeben. Allerdings seien bereits Anzeichen ersichtlich, daß die Wahl in Paris nicht allzu viel Beifall finden werde, allein Louis Napoleon werde es wahrscheinlich für das Beste halten, den vollendeten Thatsachen Rechnung zu tragen und sich in das Unvermeidliche zu fügen. Am meisten Gewicht legt der konservative „Standard“, der im Allgemeinen nie auf Preußen gut zu sprechen ist, auf die Schwierigkeiten, welche sich der hohenzollernschen Kandidatur von Seiten Frankreichs, sowie unter dem spanischen Volke in den Weg stellen würden.

Donnerstag, 7. Juli.

Em. Der König arbeitete heute Nachmittag mit dem preussischen Botschafter am französischen Hofe, Freiherrn von Werther, und dem Geheimen Legationsrath Abeken. Freiherr von Werther wird etwa acht Tage hier bleiben.

Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgenden Artikel:

„Die Interpellation Cocheru über die spanische Thronfrage hat gestern im französischen Gesetzgebenden Körper stattgefunden, und das Resultat der ministeriellen Antwort war das Sinken der Rente um zwei Francs.“

Uns ist die Antwort des Herrn Ministers ebenso unverständlich wie das Resultat dieser Antwort.

Während wir zum ersten Male aus der Rede des Herzogs von Gramont definitiv ersehen, daß der Prinz von Hohenzollern das Anerbieten Prim's angenommen habe, erfahren wir aus derselben Quelle, daß man in Frankreich die betreffenden Unterhandlungen nicht kennt, daß eine weitere Diskussion zwecklos sei, und doch, bei aller dieser Unsicherheit seiner Information, erklärte der Herr Minister, daß die französische Regierung nicht dulden werde, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe.

Ebenso wenig verstehen wir das Wort „Krieg“, welches später Herr Ollivier in die Diskussion hineinwarf. Krieg mit wem? Mit dem spanischen Volke, weil sich dasselbe, der Unsicherheit müde, einen König geben will? Wir würden einen solchen Krieg nicht verstehen, denn er würde ja gerade das Resultat haben, welches Herr von Gramont vermeiden will: eine fremde Macht würde über den spanischen Thron entscheiden.

Krieg mit Deutschland? Wir verstehen dies noch weniger, denn oft genug und deutlich genug haben die Thatsachen, aus denen sich die Geschichte der letzten vier Jahre zusammensetzt, ergeben, daß die Neugestaltungen in Deutschland nur nationale Zwecke verfolgen, während Preußen, als Sonderstaat, gerade durch die Schöpfung des Norddeutschen Bundes und die Verpflichtungen, die es sich dadurch zu Gunsten seiner Bundesgenossen aufgelegt hat, ebenfalls den Beweis gegeben hat, daß es seine möglichen Partikularinteressen der nationalen Bewegung unterordnet.

Wir glauben daher der friedlichen Entwicklung der Dinge mit der gleichen Zuversicht entgegen sehen zu können, wie dies Herr Ollivier am Schlusse seiner Rede aussprach, und meinen, man müsse die Worte der französischen Minister nur nach dem Umstande beurtheilen, daß sie vor einer parlamentarischen Versammlung gesprochen wurden, deren Majorität nicht gerade die zuverlässigste ist.“

Berlin. Einige Oppositionsorgane weisen darauf hin, daß Bismarck um die spanische Thronfolgefrage doch wohl mehr wisse, als er sich den Anschein gebe und zugestehet. Eines derselben schreibt:

„Mit der spanischen Thronkandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern ist plötzlich wieder eine brennende Frage aufgetaucht, die für den Frieden Europa's sehr ge-

fährlich werden muß, wenn sie nicht gelöset wird. Man kann es dahin gestellt sein lassen, ob und in wie weit die Politik des Herrn Bundeskanzlers hierbei die Hand im Spiele hat, obgleich nicht zu leugnen ist, daß die mysteriöse Reise, welche der Vertraute des Grafen Bismarck, der Geheimen Legationsrath von Ruedell, vor vielen Wochen von Wiesbaden aus nach dem Süden unternommen hat, wohl danach angethan ist, nach dieser Richtung hin dem Verdacht Thüre und Thor zu öffnen. Das aber ist doch selbstredend, daß der Erbprinz von Hohenzollern das ihm von Prim gemachte Anerbieten nicht ohne vorgängige Genehmigung unseres Königs angenommen hat, und es liegt jedenfalls die Annahme nahe, daß Erbprinz Leopold die ursprünglich verweigerte Zustimmung vor kurzem persönlich in Ems eingeholt hat. Indes darf man den Franzosen erwidern, daß sie gemäß ihren eigenen früheren Erklärungen die Freiheit der Entschlüsse des spanischen Volkes und seiner Vertreter zu respektiren haben. Ist die spanische Nation für den Prinzen Leopold, und will er die ihm dargebotene Krone annehmen, so liegt für den König von Preußen kein Grund vor, dagegen aufzutreten.“

Berlin. Das soeben zu den Neuwahlen erschienene Programm der konservativen Partei enthält bereits folgende, auf die Tagesfrage bezügliche Stelle:

„Der Friede könnte nur durch Frankreichs Annäherung unterbrochen werden; wenn es daher ein großer Theil des Landes bedauert hat, diese Infolenz nicht schon bei der Luxemburger Affaire gebrochen zu haben, so hoffen und vertrauen wir wenigstens, daß nach dem Kriege mit Frankreich, der nicht zu vermeiden ist, weil die Franzosen nach Sadowa durchaus wissen wollen, wer stärker ist, sie oder wir, eine bedeutende Herabminderung der Militärlasten erfolgen wird. Je eher die Entscheidung erfolgt, um so besser!“

Wien. Die hiesigen großen Blätter beobachteten bisher in der großen Tagesfrage eine Deutschland ungünstige Haltung. Man war geneigt, in dem Ganzen eine fein eingefädelte Bismarck'sche Intrigue zu wittern. Namentlich die stark preußenfeindliche „Neue Freie Presse“ deutete Alles in diesem Sinne. Die Thatsachen sind jedoch stärker als die Antipathie gegen die Sieger von Königgrätz, und so geißelt denn jetzt die erwähnte „Neue Freie Presse“ auf das schärfste die Taktlosigkeit, mit der die Pariser Offiziere die Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern behandeln. Indem sie daran erinnert, daß in Spanien nicht ein Plebiszit, wie bei Napoleon III., sondern die Majorität der Cortes über die Besetzung des Thrones entscheide, und weiter als vorläufig feststehend annimmt, daß es mit dieser versprochenen Lösung der Thronfrage ehrlich gemeint sei, bemerkt sie u. a.: „Unter solchen Umständen muß die Art, wie diese neueste spanische Thronkandidatur in den der Napoleonischen Regierung nahe stehenden Organen behandelt wird, im höchsten Grade ungeschickt und tactlos erscheinen. Wenn die Repräsentanten des spanischen Volkes einen König ausrufen, mag er einen Namen tragen, wie er immer wolle, so ist dies ein Akt der Volkssouveränität, vor dem sich keine Regierung mehr als die von Plebisziten lebende Napoleonische zu verneigen hat.“ Im Uebrigen meint das Blatt, wenn ein Mal in Spanien ein neues Königthum errichtet werde, so könne es Oesterreich sehr gleichgültig sein, wer dort auf den Thron gesetzt werde.

Auch die alte „Presse“ bespricht diese Frage jetzt mit großer Umsicht. Sie hält zwar die Beförderung des jetzigen Garde-Obersten Leopold zum Könige von Spanien für ein sehr überraschendes Avancement, sieht aber für den Kaiser Napoleon einen befreundenden Umstand in der Verwandtschaft in seinem Hause, da der Vater, Fürst Karl Anton von Hohenzollern, eine Prinzessin Murat zur Mutter hatte; auch müsse ihm dieser Fürst ein willkommenerer Nachbar in Spanien sein als die Republik oder Montpensier; außerdem sei für Frankreich die Zeit vorüber, da

die „große Nation“ ihre Finger in Federmanns Angelegenheiten haben mußte.

Bern. Eine Depesche der spanischen Regierung vom 7. Juli, welche dem schweizerischen Bundespräsidenten durch den spanischen Minister-Residenten zur Kenntniß gebracht wurde, lautet wie folgt:

„Der am 6. (?) dieses Monats unter dem Vorhise des Regenten in La Granja abgehaltene Ministerrath hat einstimmig beschlossen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Thronkandidaten vorzuschlagen. Die Cortes werden am 20. d. Mts. zusammentreten, um zur Wahl zu schreiten. Die öffentliche Meinung und alle Fraktionen der großen liberalen Partei haben diese Kandidatur günstig aufgenommen, und die Regierung hofft, daß sich eine große Mehrheit für dieselbe aussprechen werde. Diese Kandidatur hat keine anderen Endziele als die Erfüllung aller souveränen Wünsche des Landes, und die Regierung zweifelt nicht, daß auch alle befreundeten Nationen diese Entscheidung freundlich begrüßen und mit Vergnügen den Augenblick wieder eintreten sehen, wo Spanien sich mit einer monarchischen Regierung und einem der Krone Spaniens in jeder Hinsicht würdigen Fürsten wieder fest konstituieren wird.“

Madrid. Der Brüsseler „Indépendance belge“ wird von hier unterm heutigen Datum geschrieben:

„Der Marschall Prim hat über die Hohenzollern'sche Kandidatur sich nur mit einer Persönlichkeit, dem früheren Gesandten Salzar y Mazarredo, besprochen; der Präsident der Cortes, Zorilla, hat erst seit fünf Tagen etwas von der Sache erfahren. Marschall Prim rechnete darauf, seine Kur in Wichig ruhig beendigen und den Cortes dann bei ihrem Wiederzusammentritt am 31. Oktober die Annahme der Kandidatur von Seiten des Prinzen von Hohenzollern anzeigen zu können. Zorilla sprach davon jedoch zu dem französischen Botschafter, durch diesen kam die Sache in die ‚Epoca‘ und Prim blieb nun nichts übrig, als die Dinge zu beschleunigen. Der permanente Cortesausschuß hat heute eine Sitzung gehalten, um den Tag für den Zusammentritt der Cortes zu bestimmen. Die ‚Epoca‘ mahnt zur leidenschaftslosen Betrachtung der Dinge. Die Cortes müßten Würde und Festigkeit beweisen; als Vertreter der souveränen Macht des Volkes wären sie durch keine bereits eingegangene Verpflichtung gebunden und brauchten sich bei der Lösung obschwebender Fragen nur nach der Ehre und dem Nutzen des Landes zu richten. Die ‚Epoca‘ steht bekanntlich auf der Seite des Sohnes der vertriebenen Isabella, Königs Alfons XII. Das ‚Pueblo‘, Organ der einheitlichen Republik, meint, daß, wenn man bei der hohenzollern'schen Kandidatur beharre, Spanien möglicherweise bei einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen Anfangs den Vorwand und endlich das Opfer abgeben werde. Die ‚Iberia‘ dagegen spricht von dem Hohenzollern als einem Kandidaten, der die Bestrebungen der spanischen Nation nach Freiheit und Größe fördern werde. Wie der ‚Times‘ telegraphirt wird, sind die monarchischen Blätter überhaupt günstig für den Prinzen Leopold gestimmt, und nahmen die Minister in ihrer Versammlung bei dem Regenten in La Granja die Kandidatur einstimmig an.“

Paris. Der „Constitutionnel“ widmet der spanischen Angelegenheit zwei Artikel. In dem einen heißt es:

„Die Kammer hat die Erklärung der Regierung mit patriotischer Begeisterung aufgenommen. Rechts, links und im Centrum klatschte man Beifall zu dieser stolzen Geltendmachung unserer Nationallehre, und wenn der Marschall, welcher nach seinem Gutdünken über die Geschicke Spaniens verfügt, und der Minister, der die Geschäfte des Norddeutschen Bundes leitet, den Bericht dieser denkwürdigen Sitzung lesen, so werden sie erfahren, daß Frankreich sich erhoben hat, glühend und bereit zu marschiren Und nun müssen wir die Lage kalt, ohne Vorurtheil, ohne Leiden-

schaft ins Auge fassen. Die Regierung hat gethan, was sie thun mußte; sie hat würdig und stolz auf eine Intrigue geantwortet, welche sie für einen Schimpf, für eine Drohung anzusehen das Recht hatte. Sie gab eine Antwort, Preußen, welches unsere Langmuth für unerträglich hielt, dem Marschall Prim, der uns zu täuschen hoffte, und zugleich allen denen, die in den konstitutionellen Reformen eine Schwächung des Kaiserreichs, eine Abdankung des Kaisers erblicken wollten. Die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern war ein feindseliger Akt, mit dem eine wachsame Regierung sich beschäftigen mußte. Nun diese Pflicht erfüllt ist, wird sie sich bemühen, die Leidenschaften, welche die spanisch-preussische Angelegenheit geweckt hatte, zu beschwichtigen; sie wird nichts verschäumen, um eine allgemeine Verständigung zu erzielen, welche jede Eigenliebe schon und alle Interessen wahrt. — Von Preußen, von Spanien hängt gegenwärtig der Frieden Europas ab. Und wir müssen das sagen: Die Nachrichten, welche uns heute Abend zugehen, lassen uns hoffen, daß der Patriotismus des spanischen Volkes Preußen zu Hilfe kommen und ihm gestatten werde, sich aus einer falschen Stellung zu befreien. Das Unternehmen des Marschalls Prim stößt auf wenig Sympathien in Spanien. Wir erfahren, daß die hervorragendsten Mitglieder der großen liberalen Partei die unklugen Antriebe des Kriegsministers mißbilligen, und zu dieser Stunde kann, dank dem entschiedenen Dazwischentreten der einflussreichen Persönlichkeiten in Madrid, die Krisis schon beendet sein. Wenn das spanische Volk, wie Alles uns vermuthen läßt, freiwillig den Souverän zurückweise, welchen man ihm aufzwingen will, so hätten wir nichts mehr von dem Berliner Kabinet zu verlangen und Alles würde wieder seinen ruhigen Gang nehmen, ohne daß irgend eine der drei theiligten Mächte Zugeständnisse zu machen oder zu verlangen hätte. Dies ist die Lösung, die wir sehnlichst herbeiwünschen.“

Der „Moniteur“, der als des Ministers Ollivier spezielleres Organ gilt, sagt: „Die Erklärung des Ministers des Auswärtigen ist in allen Schichten der Gesellschaft mit großer Erregung und mit einem patriotischen Gefühl aufgenommen worden, welches leicht zu begreifen ist. Obgleich Frankreich von den Bedürfnissen des Friedens durchdrungen ist, so befindet es sich doch seit einem Jahre unter einem peinlichen Druck. Es wäre Preußen ein Leichtes gewesen, die französische Nation, deren edelmüthige Ideen sich der freien Ausdehnung des gerechten Ehrgeizes seiner Nachbarn nicht widersetzen, entweder durch eine wenig wichtige Grenzberichtigung oder durch die Ueberlassung Luxemburgs zu befriedigen. Frankreich war geduldig. Aber der Wecker ist zum Ueberlaufen voll, und heute darf man sich keiner Selbsttäuschung mehr hingeben. Unser Patriotismus wirft einen Blick auf die Vergangenheit von 1815 bis 1870 und ist aufs tiefste empört. Das Land ist in diesem Augenblicke glücklich, in den Worten des Ministers den Widerhall seiner eignen Gefühle zu finden, und es jubelt über die feste Haltung der Regierung. Einige sind erstaunt über den schnellen Entschluß und die kraftvolle Erklärung der Regierung. Diesen kann man antworten, daß nicht allein die Frage selbst eine kräftige Haltung erforderte, sondern auch, daß das Verfahren bei dieser Unterhandlung Frankreich nicht gestattete, anders aufzutreten. Der Marschall Prim hielt sich den offiziellen Personen fern und unterhandelte mit dem preussischen Militär-Attaché in Madrid. Der preussische Gesandte, sowie der spanische Botschafter in Paris wußten nichts vor der Sache. Erst im letzten Augenblicke, d. h. vor drei Tagen, als die Sache eine vollendete Thatfache war, unterrichtete Prim Herrn Mercier de Lostende. Ein spanischer Agent befand sich in Gms, so daß der König nothwendigerweise von allen Zwischenfällen dieser Verhandlung unterrichtet war. Man kann aus diesen vollständig richtigen Einzelheiten ersehen, daß Frankreich niemals für diesen ersten Konflikt verantwortlich gemacht werden kann. Was uns betrifft, so sind wir überzeugt, daß die öffentliche Meinung in

dem Schritte der französischen Regierung, welchem die Begeisterung der Kammer zustimmt, nichts Außerordentliches findet."

Die „Liberté“ verlangt, daß man der Sache ein Ende mache und den Rhein wegnehme, wenn man ihn brauche, daß man die Gelegenheit benutze, um auf diplomatischem Wege oder durch den Krieg Preußen für sein Auftreten gegen Dänemark und Oesterreich zu strafen und dahin zu bringen, daß es in Zukunft nicht mehr zu fürchten sei.

Fast allein das „Journal des Débats“ sucht die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Dynastische Allianzen, meint es, würden in unserer Zeit immer bedeutungsloser. England z. B. habe in den letzten Kriegen weder mit Dänemark, noch mit Hannover, noch mit Preußen gemeinschaftliche Sache gemacht, obgleich es mit diesen drei Höfen nahe verwandt gewesen sei. Man mache aus dem schwarzen Adler Preußens einen wahren Popanz und Bismarck zum Sündenbock für jedes Vergehen. Bismarck sei diesem spanischen Projekte vielleicht ganz fremd und viel zu einsichtsvoll, als daß er auf eine neue Auflage der Universal-Monarchie Karls V. sinnen sollte. Eher sei es möglich, daß der König von Preußen die Kandidatur begünstigt hätte, wie ja auch Ludwig Philipp geglaubt hätte, den alten Familienvertrag der Bourbonen mit Spanien glücklich erneuert zu haben. „Gewiß“, schließt das genannte Blatt, „Sadowa ist schwer zu verdauen; es ist eine zweischneidige Waffe geworden, deren sich Jedermann bedient und mit der Jedermann sich in den Finger schneidet. Aber es wäre ungeschickt, Sadowa in Madrid zu suchen; man sollte seine Beschwerden für bessere Gründe oder für bessere Vorwände aufheben. Wir getöseln, als wir den Namen des deutschen Prinzen wieder auftauchen sahen, dachten wir viel mehr an den Effekt, welchen er in Spanien, als den er in Frankreich machen würde, und wir fragten uns, ob dieser neue Kandidat, der in seinem Blute der französischen Kaiserfamilie noch näher steht als der preussischen Königsfamilie, nicht Napoleonscher Herkunft verdächtig sein würde. Und nun ist es im Gegentheil Frankreich, welches Feuer fängt. Solchen Irrthum wollen wir nicht aufmuntern, und was man auch sagen mag, Frankreich wird Preußen nicht Krieg erklären, weil auf dem spanischen Thron ein Prinz säße, von dem Niemand sagen kann, ob er mehr Deutscher oder Franzose, mehr Hohenzoller oder Bonaparte ist.“

Der „Gaulois“ berichtet ausführlicher über die Sitzung des Ministerrathes vom 5. ds. Mts.: „Vormittags Schlag 10 Uhr traten die Minister vollzählig bei ihrem Chef, dem Siegelbewahrer ein, wo Ministerrath gehalten werden sollte. Allein Herr Ollivier hatte 10 Minuten vorher sein Hotel verlassen in Folge einer wenige Augenblicke zuvor erhaltenen Depesche aus St. Cloud, welche den Kabinetts-Chef zum Kaiser berief. Herr Ollivier war sofort dahin gefahren. Gegen halb 11 Uhr traf eine neue Depesche aus St. Cloud ein, wodurch Herr Ollivier auch den Minister des Innern und den spanischen Botschafter aufforderte, nach St. Cloud zu kommen. Was war das Resultat der dortigen Konferenz? Eine kategorische Note, die noch im Laufe des Nachmittags dem preussischen Botschafter zugestellt wurde. Mit dieser Note reiste Herr von Werther um 5 Uhr per Eisenbahn nach Ems ab in Begleitung des Fürsten von Lynar, zweiten Sekretärs der Botschaft. Man glaubt, daß Baron Werther etwa acht Tage ausbleiben werde. Seine Abreise erfolgte so eilig und unversehens, daß sein Kammerdiener erst um 4 Uhr den Befehl erhielt, den Koffer zu packen.“

In Betreff der Art und Weise, wie die französische Regierung von den geheimen Unterhaltungen wegen der spanischen Thronkandidatur Kenntniß erhalten hat, berichtet die „General-Correspondenz“ Folgendes: „Im Laufe des Sonntags (3. Juli) gingen mehrere chiffirte Depeschen zwischen Berlin und Madrid durch Frankreich. Es gelang, eine davon zu überlegen, wodurch der Gegenstand der Ver-

handlungen klar wurde. In lebhafter Erregung ließ der Kaiser sofort Herrn von Gramont nach St. Cloud kommen. Nach einer längeren Unterredung mit dem Kaiser suchte ersterer den spanischen Botschafter auf, den er aber nicht zu Hause traf. Auch ein zweiter Besuch des Ministers bei Herrn Olozaga war vergeblich. Man entschloß sich daher, durch die Journale vorläufig die öffentliche Meinung bezüglich des Zwischenfalls zu gewinnen. In Abwesenheit des Chefs der Press-Direktion wurde zuerst Herr Balsfey berufen, später aber auch noch Herr Girardeau von seinem Landstuh nach Paris beschieden und sodann die bekannte erste Note für den „Constitutionnel“ verfaßt.

Ein Pariser Korrespondent der Brüsseler „Indépendance belge“ bringt über den Verlauf der spanischen Thronkandidaten-Frage folgende, angeblich genaue Nachrichten: „Bereits vor einiger Zeit hatte Marschall Prim dem Prinzen Leopold Eröffnungen gemacht durch einen gewissen Guerero, einen alten Freund des Marschalls. Zuerst hatte der Prinz diese Anerbietungen abgelehnt unter dem Vorwande, daß der König von Preußen seine Zustimmung verweigere. Herr Olozaga war nicht ins Vertrauen gezogen worden, weder bei den früheren noch bei den jetzigen, seit etwa zehn Tagen wieder angeknüpften Verhandlungen. Die spanischen Unterhändler fanden die Stimmung am sigmaringschen Hofe gänzlich verändert. Prinz Leopold erklärte sich bereit zur Annahme der spanischen Krone, und Marschall Prim erfuhr durch den spanischen Gesandten in Berlin, daß auch der König von Preußen seinen anfänglichen Widerspruch gegen diese Kandidatur aufgegeben habe und geneigt sei, sie zu unterstützen. Nun wurde auch die französische Regierung durch eine letzte Samstag (2.) eingetroffene Depesche des Herrn Mercier de Lostende von der Sache unterrichtet, worauf dann Herr von Gramont sofort die bekannte Note im „Constitutionnel“ erscheinen ließ. Herr Olozaga erhielt erst nach der französischen Regierung Kenntniß von der Annahme des hohenzollern'schen Prinzen. Im Uebrigen behauptet Marschall Prim, im Einvernehmen mit all seinen Kollegen gehandelt zu haben, und entschuldigt sein Verfahren mit der dringenden Nothwendigkeit, nach dem Scheitern so vieler Projekte endlich um jeden Preis aus dem Provisorium herauszukommen. Um dies der französischen Regierung auszuweisen zu setzen, wurde Herr Bartholdi, der Sekretär der französischen Gesandtschaft in Madrid, von Herrn Mercier mit einem Schreiben des Marschalls Prim an den Kaiser nach Paris gesandt, wo er am 3. Abends eintraf und am Montag Morgen mit Herrn von Gramont nach St. Cloud ging. Eben dahin begaben sich im Laufe desselben Tages auch Herr Olozaga, Herr Ollivier und der Marschall Leboeuf.“

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen am französischen Hofe berichtet dann derselbe „Indépendance“-Korrespondent unter dem 6. d. wie folgt: Nach der Konferenz in St. Cloud am 4. d. berief Herr von Gramont den preussischen Botschafter in sein Kabinet, wo auf den Wunsch des Kaisers auch der Siegelbewahrer amwesend war. Der Minister des Auswärtigen fragte zuerst Herrn von Werther, was er von dem Projekt des Marschalls Prim wisse, erhielt jedoch zur Antwort, daß davon dem Botschafter nicht das Mindeste bekannt sei. Herr von Werther fügte bei, daß seiner Ueberzeugung nach seine Regierung dieser Kombination gänzlich fremd sei und es nur um eine Privatangelegenheit des hohenzollern'schen Prinzen sich handeln dürfte, wovon das Berliner Kabinet keine Notiz erhalten hätte. Außerdem erklärte Herr von Werther, daß er seinerseits das fragliche Projekt als eine Sache betrachte, die den preussischen Staat nichts angehe. Darauf fragte Herr von Gramont den Botschafter, ob er nicht geneigt wäre, persönlich seinem Könige die Unzulänglichkeiten vorzustellen, welche die Verwirklichung eines solchen Projektes nach sich ziehen müßte. Herr von Werther gab zu, daß die Situation in der That ernst genug sei, um eine Reise nach Ems zu rechtfertigen. Darauf bat der Herzog den

Botschafter, Sr. Maj. dem König Wilhelm von Seiten des Kaisers die ganz peinliche Ueberraschung auszudrücken, welche diese geheime Verhandlung, sowie das mögliche Resultat derselben ihm verursacht hätte. Indes würden der Kaiser und seine Regierung diesen unvorhergesehenen Zwischenfall willkommen heißen, wenn Preußen davon die glückliche Gelegenheit nehmen wollte, einen unzweifelhaften Beweis seines aufrichtigen Wunsches zu geben, den Frieden und die guten Beziehungen der europäischen Mächte aufrecht zu erhalten. Auch hoffe Sr. Maj. der Kaiser, daß König Wilhelm nicht nur seinem nahen Verwandten unterlagen werde, dem Projekt des spanischen Kabinetts Folge zu geben, sondern denselben zugleich verhindern werde, Deutschland zu verlassen. Wenn gegen diese Erwartung der König anders beschließen sollte, so würde eine Katastrophe zu besorgen sein. Herr von Werther, der nun das Wort nahm, bat den Herzog von Gramont, angesichts der Wichtigkeit der Sache, dem gebrauchten Wort „Katastrophe“ seine wahre Bedeutung geben zu wollen. Er möchte insbesondere wissen, ob der Minister des Auswärtigen mit diesem Wort irgend eine Kriegsdrohung auszusprechen beabsichtige. In diesem Moment gab der Siegelbewahrer, der bisher schweigend zugehört hatte, die folgende Erklärung: „Im Namen des Kaisers und seiner Regierung antworte ich Ihnen: „Ja, es ist dies eine Kriegsdrohung.“ Darüber trennte man sich, und Herr von Werther ging des selben Tages noch nach Ems ab. Das Tuilerien-Kabinet aber wandte sich gleichzeitig an die Kabinette von London, Florenz und Wien, und alle drei erklärten sich gegen das Prim'sche Projekt als für den Frieden bedrohlich. Alle drei versprachen, bei dem Berliner Hofe im Sinne einer friedlichen Lösung dieser unerwarteten Verwicklung zu wirken. Marschall Prim soll übrigens auf nichts weniger als auf eine solche Auffassung seines Planes gerechnet haben, vielmehr der Meinung gewesen sein, daß es Herrn Dlozaga, spanischem Botschafter in Paris, nicht schwer fallen dürfte, die Bestimmung Napoleon's III. zu erlangen, eben wegen der Verwandtschaft des hohenzollern'schen Hauses mit den Bonapartes.

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers verlangten die Abgeordneten Picard und Favre neuerdings die Mittheilung der amtlichen Aktenstücke über den spanischen Zwischenfall. Justizminister Olivier erklärte, die Regierung werde, sobald sie es für zweckmäßig erachte, dieselben mittheilen. Das Land könne von der Festigkeit und Würde der Regierung überzeugt sein.

Paris. Die „Patrie“ meldet, daß die gestrige Rede des Herzogs von Gramont, welche sofort per Telegraph nach allen Hauptstädten Europa's befördert worden ist, „überall, wie in Paris, den glücklichsten und günstigsten Eindruck gemacht hat.“

Die „Liberté“, welche ebenfalls gegen Preußen aufhezt, erzählt folgende Anekdote: „Als vorgestern nach dem Ministerrath ein Minister zum Kaiser gesagt hätte: „Es ist doch noch besser, wenn ein Hohenzoller als wenn ein Montpensier auf dem Throne sitzt“, antwortete der Kaiser: „Die Wahl des Herzogs von Montpensier wäre eine dynastische Verletzung gewesen; die Wahl des Prinzen von Hohenzollern würde eine nationale Verletzung sein. Zwischen einer nationalen Verletzung und einer dynastischen Verletzung würde ich nicht zaudern.“

Dem „Paris-Journal“ zufolge hätte Herr von Gramont nach seiner gestrigen Erklärung in der Kammer beim Herausgehen zu mehreren Abgeordneten im Pas-Perdus-Saale gesagt: „Wir werden, wenn es sein muß, bis zum Aeußersten schreiten; allein wir sind entschlossen, zuvor alle möglichen Kombinationen und alle mit der Ehre und Würde des Landes verträglichen Unterhandlungen zu erschöpfen.“ Aehnlich äußert sich auch Herr Olivier: „Den Frieden, wenn es möglich ist; den Krieg, wenn es sein muß.“

London. Die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron macht die diesseitige Presse in demselben Grade munter, als die französischen Blätter Lärm zu schlagen beginnen. Die „Times“ hat (nach ihrem gestrigen Leitartikel) persönlich gegen den neuen Thronkandidaten durchaus nichts einzuwenden und ist gern bereit, da sie nichts von ihm weiß, ihn als einen von der Klasse von Prinzen anzusehen, deren Erzeugung Deutschlands spezieller Beruf sei. Bei diesen Prinzen, bemerkt das leitende Blatt, dürfe man durchweg moralisch überzeugt sein, daß keiner unter ein gewisses sehr anständiges Maß falle. Erträgliche Intelligenz, gute Manieren und die Eigenschaft, bei passenden Gelegenheiten eine gewisse ernste Würde annehmen zu können, sowie endlich die Bereitwilligkeit, bei den höchsten aristokratischen Traditionen sich doch in jedes beliebige System der Volksvertretung zu schicken, seien die allgemeinen Kennzeichen dieser Klasse, und diese will die „Times“ auch gerne bei dem Prinzen von Hohenzollern voraussetzen. Aber bei allen guten Eigenschaften dieser Art scheint ihr doch die auf den Prinzen gefallene Wahl als eine unglückliche, die leicht zu künftigen Verlegenheiten führen könne. In Frankreich sei man nun einmal höchst mißtrauisch gegen Preußen. Zudem habe das Volk gewöhnlich irgend eine Figur im Auge, die es in seiner Einbildung mit übernatürlicher Schlauheit ausstatte, und so hätten die Franzosen seit Sadowa die Hand vom Beizehub Bismarck in jedem unerwarteten Ereigniß gesehen. Viele seien überzeugt, daß nur er die spanische Revolution angezettelt habe, und jetzt werde es ganz gewiß heißen, der preussische Premier habe sein kühnes Ziel erreicht und hinter dem Rücken Frankreichs eine preussische Allianz aufgebaut. Ein preussischer König in Spanien, nahe verwandt mit dem portugiesischen Hause, würde in Frankreich mit unaussprechlicher Eifersucht angesehen werden, und ohne behaupten zu wollen, daß diese Eifersucht gerechtfertigt wäre, könne man doch sagen, daß es nicht zum Heile Spaniens reichen würde, aus der Kandidatenliste Einen auszuwählen, der keine bessern Empfehlungen hätte als die Uebrigen und den Einfluß Preußens zu vertreten scheine. Wenigstens solle man sich mit dieser Wahl nicht übereilen.

„Daily News“ erhebt gegen die Wahl des Prinzen von Hohenzollern nur Einwendungen in Betreff der Aufnahme, die eine so eigenmächtige Besetzung des Thrones bei den Spaniern finden würde. Was den in Frankreich erhobenen Lärm anbelangt, so macht sich das liberale Blatt darüber lustig und meint, der gefährliche und über die Mägen schlaue Kanzler des Norddeutschen Bundes habe wohl diesen neuen Schachzug herausgekügelt im Einverständnis mit seinem Freunde Napoleon, um diesem wie sich selbst Lust in heimischen Angelegenheiten zu machen und die Liberalen von der Fährte zu locken. Die veraltete Idee, durch Familienverbindungen politische Machterweiterung anzustreben, wird im Weiteren als geradezu abgeschmackt unter den heutigen Verhältnissen dargestellt und daran die Verheißung geknüpft, daß unter keinen Umständen, selbst wenn sich die Kandidatur bestätigen sollte, daraus ein Vordringen der Franzosen über die preussische oder spanische Grenze erfolgen werde. Selbst wenn es in Spanien über die Sache zum Bürgerkriege kommen sollte, werde man schon sorgen, daß die Ruhe Europa's nicht gestört werde.

London. Die „Times“ schreibt heute weiter: „Selten wird in diesen Tagen der diplomatischen Zurückhaltung eine so starke Sprache geführt als die, welche der Herzog von Gramont bei dieser Gelegenheit gebraucht hat. Was der Minister erklärt, läuft mit anderen Worten darauf hinaus, daß die Wahl eines preussischen Prinzen von der französischen Regierung und dem französischen Volke mit Entschiedenheit bekämpft werden wird. Wir sind durchaus nicht überrascht von diesem heftigen Ausbruch französischer Eifersucht, allein wir sind erstaunt, daß ein spanischer Marschall die Blindheit oder Tollheit besitzen sollte, zu einem derartigen

Ausbruch Veranlassung zu geben. Wenn es eine Pflicht gibt, welche in diesem Augenblick vor allen andern jedem Freunde des Friedens und der Civilisation obliegt, so ist es die, die Vorurtheile, welche Frankreich und Preußen scheiden, zu beschwichtigen und den Weg zu bahnen für ein allgemeines Nachgeben den geänderten politischen Verhältnissen Europa's gegenüber. Ohne irgend welche Veranlassung hat Prim ein Mittel erfunden, dies glimmende Feuer anzufachen; aber wir hoffen, daß noch vor Zusammentritt der Cortes der vernünftige Sinn des Prinzen von Hohenzollern und der preussischen Königsfamilie ihn einer Lage entreißen werde, die in erster Linie zur Verwirrung und später zu Niederlagen führen würde."

Zu ganz ähnlichem Sinne äußert sich der konservative „Standard“: „Keine Erklärung — bemerkt er u. a. — von gleicher Bedeutung ist seit vielen Jahren aus dem Munde eines Ministers des Auswärtigen gekommen, und die Mäßigung des Ausdruckes erhob nur das Gewicht des Inhalts. Wir wollen nicht untersuchen, ob die französische Regierung das Recht hat, eine derartige Sprache zu führen, aber ganz gewiß ist es, daß diese Sprache in ihrem Munde nur natürlich klingt. Dem französischen Volke muß (?) die Erhebung eines Mitglieders der preussischen Königsfamilie auf den spanischen Thron als eine Beleidigung und eine Drohung erscheinen. Die Sache wäre vielleicht geduldet worden, wenn die spanische Regierung die französische um Rath gefragt (!) hätte, aber diese Ueberumpelung, diese ansehende Intrigue ist durchaus geeignet, das französische Volk ohne Unterschied der Partei aufzureizen.“

Von unsern Abendblättern widmen heute die „Pall-Mall Gazette“ und der „Globe“ der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern einige Bemerkungen.

In einem längeren Leitartikel stimmt die „Pall-Mall Gazette“ vollständig in den von der „Times“ angeschlagenen Ton ein. Ein unverantwortlicheres Manöver seitens des Marischalls Prim könne man sich wohl nicht denken. Von jedem Gesichtspunkte aus verbene es Verbammung. General Prim müsse gewußt haben, wie verhaßt seine Wahl der französischen Nation sein werde, und es lasse sich auch nicht gut annehmen, daß er experimentirt habe, ohne sich vorher der Absichten Preußens vergewissert zu haben. Die wirkliche Frage drehe sich gegenwärtig darum, einen wie großen Antheil Graf Bismarck an dieser Geschichte habe, und die nächste Zeit müsse die Antwort hierauf bringen.

Der „Globe“ andererseits, der sich sonst nicht gerade durch übergroße Preußenfreundlichkeit auszeichnet, hält die Eifersucht Frankreichs auf Preußen, wie sie sich durch die letzten Ereignisse bekundet hat, für übertrieben und nicht zu rechtfertigen. „Selbst wenn Prinz Leopold heut gekrönt würde“ — so sagt das genannte Blatt — „so würde seine Erhebung den Einfluß Deutschlands keineswegs in dem Grade vermehren, wie die Franzosen glauben.“

Freitag, 8. Juli.

Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Zunächst wohl nur die absolute politische Windstille der letzten Wochen, die selbst für Sommer- und Wademonate ungewöhnlich lange andauert, erklärte es, wenn die Frage der Befetzung des spanischen Thrones seit einigen Tagen alle Welt beschäftigt, oder wenn, um im Bilde zu bleiben, über dieselbe jetzt alle Windmühlen klappern. Rede- und Disputierlust, durch jene Ereignislosigkeit zum Schweigen verurtheilt, Thätigkeitstrieb auf dem Felde der Konjunkturalpolitik, durch sie lahm gelegt, latenter Eifer, Argwohn und Groll, das alles regt sich jetzt, und daneben das natürliche Bedürfnis der Presse, interessant zu sein. Aber sehen wir näher zu, so ist das Korn, das gemahlen wird, kaum gesät, geschweige denn geschritten und geerntet; es wird also eigentlich mit Wind nur Wind gemahlen.“

Mit anderen Worten: man hat sich, namentlich in der französischen Presse, mit der Sache stark übereilt. Ein

Urtheil über dieselbe erscheint durchaus verfrüht, unreif, auf bloße Hypothese begründet, so lange die spanische Volksvertretung sich nicht geäußert hat. So lange dies nicht geschehen ist, so lange die Cortes in Madrid die Wahl des von der provisorischen Regierung ins Auge gefaßten Königs, die von ihnen allein, nicht durch Wünsche oder Befürchtungen des Auslandes zu entscheiden ist, nicht nach den bestehenden Gesetzen vollzogen und endgültig festgestellt haben, sind alle Betrachtungen über die Angelegenheit wenig mehr als Streit um des Kaisers Bart.

Die deutschen Regierungen haben jederzeit die Thatsache vor Augen gehabt, daß Spanien ein selbstständiger Staat ist und daß die Spanier ein mündiges Volk sind, welches keinen Vormund, keinen Rath, keine Anregung und keinen Vorschlag von außen bedarf, um zu wissen, was ihm in Verfassungsfragen frommt und wer zum obersten Lenker seiner Geschichte am geeignetsten ist. Die deutschen Regierungen haben danach gehandelt, und sie werden ferner danach handeln. Sie werden folglich, wie wir mit Bestimmtheit annehmen, in dieser innern Frage Spaniens wie in jeder ähnlichen weder zu- noch abrathen, geschweige denn irgend welche andere Einmischung sich erlauben, irgend welchen Druck ausüben auf den Gang der Dinge jenseits der Pyrenäen. Sie hätten kein Recht dazu, wenn sie anders dächten, und bei der großen räumlichen Entfernung Spaniens, die nicht durch geistige Verwandtschaft mit uns oder andere zur Annäherung nöthigende Ursachen ausgeglichen wird, auch keinerlei Veranlassung, keinen Beruf dazu. Sie sehen daher einfach mit wohlwollender Erwartung zu, was sich in der Frage entwickeln und zuletzt ergeben wird, und dasselbe gilt von dem deutschen Volke.

Es war also wenigstens in Betreff Deutschlands, wie uns bedünkt, nicht der mindeste Grund vorhanden, von einer Macht zu sprechen, welche den Spaniern einen König aufzwingen wolle, und eben so wenig war, wie uns scheint, ein Appell an die Weisheit des deutschen Volkes in der Sache recht am Orte. Die Weisheit des spanischen Volkes, repräsentirt durch die Cortes, hat hier zu reden und nur sie. Die Weisheit des deutschen Volkes hat lediglich sich neutral zu verhalten und wird sich neutral verhalten. Will man anderswo eine andere Stellung einnehmen, bestimmend, rathend, drohend, zwingend auf die Entscheidung der Frage einwirken, wolan, mag man es versuchen. Wir lassen die Hände davon.“

Berlin. Der „National-Zeitung“ wird aus Paris geschrieben: „Die französische Diplomatie will, nachdem sie so lange geschlafen und von den wichtigen Ereignissen, welche sich während ihres Schlummers vollzogen, nicht die leiseste Ahnung gehabt hat, in gewaltthamer Kraftanstrengung alles Versäumte auf einmal nachholen und gebärdet sich, in fast posthomer Wuth, wie eine Verzweifelte. Am frühen Morgen schon ist der Herzog von Gramont auf den Beinen, um den Botschaftern Besuche zu machen, oder er läßt sie durch Boten auf das auswärtige Amt bitten; Telegramme fliegen nach allen Weltgegenden aus; offizielle Noten werden durch Kurriere abgehandelt, und in allen Schichten der offiziellen Welt herrscht die äußerste Geschäftigkeit. Sie herrscht aber auch im Kriegsministerium, wo man sich allen Ernstes auf einen Feldzug einrichtet. Die Urlauber der vorjährigen Altersklassen sind wieder einberufen worden, und die Soldaten, welche zu Ende dieses Monats auf sechsmonatlichen Urlaub abgehen sollen, müssen bei ihren Regimentern verbleiben; das Lager von Chalons wird um zwei Infanteriedivisionen verstärkt, welche aus Rennes und aus Lyon dorthin beordert sind, und alle Transportschiffe des Mittelmeergehwaders haben den Befehl erhalten, sich einzeln nach Algier zu begeben, um beim ersten Signal Truppen an Bord zu nehmen. Alle diese Zurüstungen werden möglichst geheim betrieben, aber doch bringt wenigstens ein Theil derselben in die Oeffentlichkeit. — Ueber die Form der geharnischten Erklärungen, welche der Herzog von Gramont gestern auf der Tribüne abgegeben hat, war heute die diplomatische